

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erzheimt wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Inhalt des folgenden Tages, "Wöchentliche Beilagen: "Luthers Sonntagblatt" und "Christliches Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Kemberg 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik u. dgl. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die begehrteste Platzzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklameseite 30 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für tägliche Wiederholungen unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Mit dem Anzeigen, zugleich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 149

Dienstag, den 18. Dezember 1928

30. Jahrg.

Anzeige auf

Reschlozettel

für den Stadtrat **Dypin** für das Jahr 1929 sind bis zum 30. Dezember in der Stadtschreiberei zu stellen.

Kemberg, den 14. Dezember 1928.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

- * Die 53. Ratstagung in Lugano endete mit einem heftigen Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Jalecki, der ungläubliche Behauptungen über den Deutschen Volksbund in Oberösterreich aufstellte.
- * Die Verhandlungen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Englands wurden am Sonntagabend mit einer letzten Dreier-Konferenz abgeschlossen.
- * Die Verhandlung über die Klage mehrerer süddeutscher Länder wegen der Reichsbeiträge wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, weil die Reichsregierung die Erneuerung schon am Tage vorher gelassen hätte. Der Satzungsentscheid wird jetzt das Einverständnis der Reichspräsidenten verlangen.
- * Der Reichstag hielt eine Resolution ab, die bis in die Morgenstunden des Sonntags währte.

Aufarbeiten im Reichstag.

Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit.
Berlin, 15. Dezember.
Im Reichstag wurde am Freitag nach Erledigung einiger Vordränge und Abkommen der Gesandten über die Hinausschiebung der Erhebung und Veranlagung der periodischen Grundbesitzsteuer in dritter Lesung angenommen.

Das Haus lehnte dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über eine Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit ab. Unter Abfassung anderer Anträge wurde die ursprüngliche Regierungsvorlage in zweiter Beratung angenommen. Sie besagt, daß den Saisonarbeitern die Arbeitslosenunterstützung als Sonderunterstützung gewährt wird. Die dritte Beratung wurde zunächst ausgesetzt, da ein vorher abgeleiteter Kompromißantrag noch einmal eingebracht wurde.

Das Haus ging zur zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Erhöhung des Zuckersolls über, der in der Ausschussberatung einige Veränderungen erfahren hatte. Reichs-ernährungsminister Dietrich wies darauf hin, daß die Reichsregierung werde deshalb die Auswirkungen dieses Gesetzes aufmerksam verfolgen und, wenn nötig, dem Reichstage Veränderungsvorschläge machen.

Die Vorlage wurde in der Ausschussfassung gegen die Kommunisten in zweiter und dritter Beratung angenommen.

In der nun erfolgenden dritten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit wird der erneut eingebrachte Kompromißantrag der Demokraten und der Deutschen Volkspartei mit 229 gegen 159 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Entsprechend den Beschlüssen zweiter Lesung wird die Vorlage auch in der dritten Beratung in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Reichsrat genehmigt den Nachtragsetz.

Nach der Reichsanzeiger 1929 erledigt.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung am Freitag den Nachtragsetz für 1928.

Es handelt sich in der Hauptsache um den Personaletat. Gegenüber verschiedenen von den Reichsratsausschüssen vorgenommenen Änderungen erklärte der Reichsfinanzminister Gifford, daß die Regierung nur bei den geringsten Modifikationen zum Satzungstexten des Reichsanzeigers auf ihrer Forderung beharren und eine Doppelantragslage beim Reichstag einbringen werde.

Nach dem Bericht des Ministerdirektors Dr. Rabl namens der Reichsratsausschüsse soll der vorliegende Personaletat auch für 1929 gelten. Die neuen Stellen dürfen grundsätzlich erst zum 1. April 1929 besetzt werden.

Entscheidung Severings am Freitag.

Sehte Düsseldorf Besprechungen Severings. — Keine freie Vereinbarung möglich.
Düsseldorf, 16. Dezember.

Am Sonntagabend finden im Gebäude der Regierung zu Düsseldorf die letzten Düsseldorf Besprechungen des Reichsinnenministers Severing, und zwar mit den Arbeitgebertretern der nordwestlichen Gruppe statt. Severing begab sich nach Beendigung dieser Besprechungen nach Berlin zurück, wo er das bei den Besprechungen mit den beiden Parteien und den Werkschlichtungs gemessenen Bild zusammen mit dem schon vorher von den Beteiligten eingehenden schriftlichen Unterlagen verarbeitet und zur Grundlage seiner Entscheidung machen wird.

Wie man erfährt, hat Severing die Vertreter der beiden Parteien auf den 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr, nach Dortmund eingeladen, wo er ihnen seinen Schlichterspruch mitteilen wird. Eine freie Vereinbarung kommt nach Lage der Dinge nicht mehr in Frage.

Konflikt in Lugano.

Rededuell: Stresemann — Jalecki.

Lugano, 16. Dezember.

In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundesrates am Sonntagabend ist es zum Schluß zu einem ungewöhnlich ersten und folgenreichen Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Jalecki gekommen, der provozierend und nach Form und Inhalt ungläublich beleidigende Erklärungen über den Deutschen Volksbund in Oberösterreich abgab und den Deutschen Volksbund des Hochverrats und der Gefährdung des polnischen Staates beschuldigte.

Dr. Stresemann

Der bereits während der Rede Jaleckis mehrmals erregt mit der Faust auf den Tisch schlagend, antwortete in erregtem, leidenschaftlichem Ton, jedoch die Stimme aufs höchste steigend: Mit größtem Erstaunen bin ich der Rede des polnischen Außenministers gefolgt und bedauere seine Worte, aus denen der Geist des Hauses gesprochen habe. Es handelte sich hier

um die heiligsten Güter der Menschheit, um Sprache und Religion, deren Schutz der Völkerbund feierlich garantiert habe und für die er die Verantwortung vor der ganzen Welt trage. Es ist unerhört von Ihnen! Wie können Sie dazu, zu sagen, daß wir hier unnütze Zeit verlieren, wenn es sich hier um die Grundfragen handelt? Sie kennen die Minderheiten-Kommission, Sie wissen, daß darin den deutschen Minderheiten das Recht der Organisation und des Selbstbestimmungsrechtes an den Völkerbund garantiert und befristet ist.

Warum das Unrecht nur auf der einen Seite suchen? Was für politische Gründe haben Sie demgegenüber in diesem Augenblick am Abgleich der Tagung verdrängte Erklärungen abgegeben?

Wenn Sie von der wirtschaftlichen Entwicklung Oberösterreichs sprechen, soll ich Ihnen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands antworten, die auch in der letzten Zeit eine aufsteigende Entwicklung genommen hat? Soll ich Ihnen antworten, daß heute noch an den letzten Stellen in Oberösterreich deutsche Männer und deutsche Intelligenz leben?

Wohin wären Sie gekommen, wenn diese deutschen Kräfte nicht vorhanden wären?

Was hat Sie veranlaßt, alle Mündeln wieder aufzureißen? Wollen Sie mir erklären, wie herlich weil Sie es mit der Entscheidung Oberösterreich unter politischer Herrschaft gebracht haben? Seit wann ist es verboten, Organisationen zu schaffen und Fragen vor den Völkerbund zu bringen? Sie wagen es, den Minderheiten nicht zu gestatten, von dem Völkerbund vertriebenen Rechte Gebrauch zu machen und sich an den Völkerbund zu wenden? Sie haben vom Hochverrat gesprochen, Liebe zur alten Heimat und Hochverrat sind oft miteinander eng verbunden. Ich kenne einzelne Persönlichkeiten im Völkerbundrat, die den Kampf um ihre Heimat mit dem Gefühl ihres Herzens in Uebereinstimmung bringen. Wollen Sie dieses Recht dem deutschen Volke nehmen? Das soll also eine Gefahr für den Staat sein, wenn eine Organisation von den ihr im Völkerbund gewährten Rechten Gebrauch macht und um die Erziehung ihrer Kinder kämpft?

Ich kann in keiner Weise zugeben, daß dieser Standpunkt der Auffassung der Minderheitenrechte im Völkerbund Flagge trägt. Wenn der Völkerbundrat sich auf diesen Standpunkt über den Schutz der Religion und der Sprache stellt, so ist die Sache erledigt, auf der der Völkerbund steht. Ein großer Teil der Menschheit glaubt heute nur noch an den Völkerbund, weil er in ihm den Hüter und Wächter der Rechte der Minderheiten sieht. Wenn tatsächlich die Auffassung im Völkerbund nicht mehr herrschen sollte, so werden sich große Staaten überlegen müssen, ob noch weiterhin ihre Mitwirkung überhaupt möglich erscheint.

Mit großer Erregung erklärte Stresemann zum Schluß: Die von Außenminister Jalecki aufgeworfene Frage scheint mir von so weittragender Bedeutung zu sein, daß ich hiermit offiziell vor dem Völkerbundrat die Forderung stelle, daß auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates die grundsätzliche Frage der Minderheitenrechte und die Behandlung der Minderheiten durch den Völkerbundrat als offizieller Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Diese Frage darf nicht mehr wie bisher als ein Nebensache behandelt werden.

Die Ausführungen Dr. Stresemanns, die fortgesetzt in höchster leidenschaftlicher Erregung und ausgiebig dem polnischen Außenminister Jalecki gegenüber geäußert wurden, wurden von der ganzen Versammlung mit ungewöhnlicher Spannung unter großem Schweigen angehört.

Unmittelbar nach der Erklärung Stresemanns ergriff der Staatspräsident Briand das Wort. Briand betonte, der

Übereinstimmung dem der Rat beigeordnet habe, habe ihn erkannte. Jalecki berechnete anzunehmen, daß der Völkerbundrat die gebilligten Rechte der Minderheiten verachten wolle. In keinem Augenblick habe der Völkerbundrat aufgehört, sich mit den Rechten der Minderheiten zu befassen. Es ist möglich, daß eine Revision des Minderheitenvertrages vorgenommen werde, im Sinne einer Beschleunigung des bisherigen Verfahrens. Briand erklärte damit die gegenwärtige Tagung für geschlossen.

Beschwäre des Deutschen Volksbundes.

Eine Minderheitenfrage zu Gunsten der Deutschen. Die hohen Behörden des Deutschen Volksbundes in Oberösterreich, die die Klage auf der Auseinandersetzung Stresemann-Jalecki waren, wurden vom Reichsleiter, Reichsleiter Wachtel, im Rat vorgetragen. Wachtel's Vorschläge wurden fast ohne Auspruch vom Rat angenommen. Der wichtigste Teil war die Beschwäre des Volksbundes über die Umordnung des Völkerbundes bezüglich der Entscheidung der Güter für die Minderheitenfrage. Die Beschwäre richtet sich gegen das Abkommen.

Auf Vorschlag des Reichsleiters wurde vom Rat eine Entschließung angenommen, worin es heißt, daß die für die Abgabe der kurzen Erklärung vorgeschriebenen Formulare abgeändert werden, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß auch Kinder, die deutsch und polnisch sprechen, in die Minderheitenkategorie aufgenommen werden müssen, und daß leblich Kinder, die nur polnisch sprechen, ausgeschlossen werden dürfen.

Deutschland führt die Minderheitenbewegung

Ende des Konflikts in Lugano.

Lugano, 16. Dezember.

Deshalb die Tagung des Völkerbundesrates von Briand offiziell geschlossen war, wurde für Sonntag nachmittags eine Geheimtagung des Rates einberufen. Offiziell stand auf der Tagesordnung, daß die Antworten Bolivien und Paraguays zur Verhandlung gelangen würden, doch wurde hauptsächlich der schwere Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Jalecki in dieser Sitzung beiprohen.

Die schwersten Beschuldigungen Jaleckis und der ganze ungewöhnliche Inhalt seiner Erklärungen finden zunächst keine andere Begründung, als daß Jalecki überhaupt aus dem polnischen Lande in Lugano gegen den Deutschen Volksbund vor dem Rat vorgetragen wurde. Die Erklärungen Jaleckis sind für sämtliche Ratsmitglieder völlig unerwartet gekommen. Einer weiteren öffentlichen Ausdeutung des Konflikts hat Briand durch die Schließung der Tagung vorgebeugt.

Die entscheidende außerordentlich weittragende Bedeutung der Erklärung Stresemanns wird darin gesehen, daß von nun an der deutsche Vertreter im Völkerbundrat sich an die Spitze der europäischen Minderheitenbewegung gestellt hat. Mit den Erklärungen Stresemanns wird nunmehr Deutschland auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates offiziell das gesamte Minderheitenproblem im Rahmen des Völkerbundes ausrollen und eine grundsätzliche Revision der bisherigen Behandlung der europäischen Minderheiten durch den Völkerbund fordern. Es besteht zwischen den beiden Parteien, daß aus dem Zusammenstoß zwischen Stresemann und Jalecki Rückwirkungen unvermeidlich sind.

Locarno trenn.

Lugano, 16. Dezember.

Das als Ergebnis der Besprechungen der Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs angekündigte Communiqué wurde am Sonntagabend um fünf Uhr von den drei beteiligten Delegationen veröffentlicht. Das Communiqué hat folgenden Wortlaut:

Von den Außenministern Frankreichs, Englands und Deutschlands wurde heute folgendes gemeinsame Communiqué ausgeben: Die Ratstagung hat es unermöglicht, die seit langem unterbrochene persönliche Verbindung zwischen uns wieder aufzunehmen und in einen Meinungsaustrausch einzutreten, der von sehr großem Nutzen gewesen ist. Diese Besprechungen haben uns dazu geführt, härter denn je davon überzeugt zu sein, daß eine Politik der Verständigung und Annäherung unserer Völker am geeignetsten ist, den Frieden zu sichern. Dieser Politik stehen wir treu. In diesem Geiste werden wir die Verhandlungen fortsetzen, die auf Grund der Vereinbarungen eingeleitet worden sind, die zwischen den sechs interessierten Mächten am 16. Dezember d. J. in Genf zustande gekommen sind. Wir sind entschlossen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um so schnell wie möglich zu einer vollständigen und nachhaltigen Lösung der aus dem Kriege herrührenden Schwierigkeiten zu gelangen und auf diese Weise auf Grund gegenseitigen Vertrauens die geistliche Entwicklung der Beziehungen unserer Völker zu sichern.

Die Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin.

Die Nachrichten verschiedener in- und ausländischer Blätter, daß der Gesundheitszustand Dr. Stresemanns sehr zu wünschen übrig lasse, so daß er sich nun für die Rückkehr, ein Sanatorium aufsuchen, werden von der zuständigen Seite entschieden demteriert. Der Reichsaussenminister wird voraussichtlich Mitte der Woche wieder nach Berlin zurückkehren.

Das Hornberger Schießen.

Wenn in den Zeiten unseligen Angedenkens, in denen die Staatsmänner der damaligen Entente über den Versailles Vertrag berieten und die „Großen Drei“ oder die „Großen Vier“, wie man sie nun nennen möchte, sich zu einer ihrer zahlreichen Konferenzen zusammenfügten, dann kam zumeist etwas wohl für Deutschland sehr Unangenehmes dabei heraus — aber es kam doch wenigstens etwas dabei heraus. Wenn die drei Locarninisten von heute, Herr Briand, Herr Chamberlain und Herr Dr. Stresemann, in irgendeiner der zahlreichen Luxushotels des verbotenen Nachkriegs-Europa eine ihrer „freundschaftlichen“ Konferenzen abhalten, dann geht die Sache gewöhnlich aus wie das berühmte Hornberger Schießen, und ein wortreiches Communiqué fließt die launende Menschheit darüber auf, daß man beraten und beraten, sich darüber geeinigt hat, daß man mehr oder weniger eineinigt ist, und daß im übrigen, abgesehen von den neuen „Formulierungen“, auf die man unangehörig viel Gehörtschmerz vermandt hat, so ziemlich alles beim alten bleibt. „Beim alten bleiben“ heißt aber für Deutschland eine weitere Reihe magerer Jahre, eine weitere Kette von Unfreiheit und Leiden, eine weitere Serie von Mißschlingen, aber materiell in ihrem Wert sehr zweifelhafte Versicherungen.

Wie das Hornberger Schießen sind auch die diplomatischen Besprechungen ausgegangen, die neben den Vertretern des Völkerbundes in Lugano herriefen und die sich in der Mehrzahl in dem eleganten Salon Dr. Stresemanns im Palace-Hotel zu Lugano-Paradiso abspielten. Daß zwischen Berlin, Brüssel und London und Paris andererseits sowohl in der Frage der Verzinsung der Sachverständigen zur Regelung der Reparationsfrage als auch betreffs der Anwendung und Auslegung des Artikels 451 des Friedensvertrages und die Einsetzung der berühmten Rüstungskontrollkommission tiefe Meinungsverschiedenheiten bestanden, mußte aus der politischen Uniformiertheit, noch bevor die drei großen europäischen Mächte ihre Salomonen zur Reile nach Lugano befragten. Und um in einem Communiqué sichtlich festzustellen, daß man mit Ernst und heißen Bemühen daran sei, diese Meinungsverschiedenheiten zu beheben — dazu war der ganze, große in Szene gesetzte Apparat genau so notwendig wie das Aufstellen einer Tiergeleise zum Fangen von Spagen.

Was ist denn in Lugano eigentlich herausgekommen? Die Reparationsfrage als solche hat man nur ganz nebenbei besprochen: über sie verhandeln die für die Finanzfragen maßgebenden Stellen der drei Länder seit Wochen auf dem üblichen diplomatischen Wege. Die Frage der Rheinlandräumung wird von ihrer politischen Seite her angepaßt werden: d. h. der deutsche Rechtsstandpunkt bleibt prinzipiell weiter bestehen, und der in den berühmten Parlamentsreden Briands und Chamberlains zum Ausdruck gebrachte englisch-französische Standpunkt — den übrigens auch Belgien und, nach einer überraschenden, gemeinsamen englisch-italienischen Verlautbarung, auch Italien teilen — wird die weiteren Verhandlungen maßgebend beeinflussen. Die Frage der mit dem Namen „Schiffskommission“ ziemlich treffend gekennzeichneten neuen Kontrollkommission soll in irgendeiner Zusammenhang mit der allgemeinen Abrüstungskonvention des Völkerbundes gebracht werden: das ist in dieser Formulierung immerhin ein neuer Gesichtspunkt, der aber schon bei der Septembervollversammlung in Genf ventiliert und von den meisten Verhandlungsteilnehmern als der einzig halbwegs diskutierbare Weg bereits in nuce anerkannt worden war.

Man ist versucht, mit dem bekannten französischen Sprichwort zu sagen: „So viel Geheiß um einen Eierkuchen!“ Denn an der Klüglichkeit dieses Resultates ändert auch die Tatsache nichts, daß alle Teilnehmer an der Zusammenkunft von Lugano bereits vorher der Offenheit sich zu versehen gegeben hatten, daß man Sensationelles von ihren Beratungen nicht erwarten dürfe. Wahrhaftig, es hat nichts Sensationelles gegeben, es sei denn, daß man diese, selbst für uns unverwöhnte Nachkriegsmenschen verblüffende Ertraglosigkeit einer achtstündigen diplomatischen Konferenz als Sensation — allerdings als: wenig mehr erfreuliche — empfinden will.

Aber seien wir nicht ungerecht! Es mag immerhin etwas wert sein, daß der persönliche Kontakt zwischen Dr. Stresemann und seinen Kollegen aus Paris und London nach vielmonatiger Unterbrechung wieder auf die direkteste Art und Weise hergestellt worden ist. Wir wollen uns mit der trostlosen Debe, der jämmerlichen Vermittlichkeit des Resultats von Lugano gerne zufrieden geben, wenn auf Grund dieses wiederhergestellten persönlichen Kontaktes in nächster Zeit uns ein schnelleres und reibungsloseres Funktionieren der diplomatischen Verhandlungen begehrt wird, die über die Gesamtheit der durch die Genfer Sechsmächte-Verlautbarung aufgeworfenen Fragen zwischen den europäischen Hauptstädten nun schon wendelnd ohne sichtbaren Fortschritt hin- und hergehen. Herr Chamberlain, den man mit keiner Fäulnis und gemessenen, steifen englischen Art wirklich nicht in die Kategorie der Komiker zu rechnen gewohnt ist, hat nach der ersten Aussprache mit Dr. Stresemann in Lugano der englischen Presse erklärt, die Deutschen, und insbesondere sein Kollege Dr. Stresemann, seien in sehr pessimistischer Stimmung nach Lugano gekommen. Er sei jedoch überzeugt davon, daß sie in weniger pessimistischer Stimmung wieder abreiten würden. Hat Herr Chamberlain seine Beobachtung in der Erwähnung, daß diese Meinung zu äußern? Ist hinter den Kulissen vielleicht doch etwas vereinbart worden, was man der breiten Masse aus Gründen der Staatsraison bisher verheimlicht hat? Wenn nicht, dann der englische Außenminister diese hoffnungslosen Töne nur auf Grund dessen vor sich gegeben hat, was aus den offiziellen und offiziellen Aufzeichnungen von Lugano zu erhellen ist, dann muß man wirklich sagen, daß er ein großes Wort gelassen ausgesprochen hat!

Brannschritt im Preussischen Landtag.

Bericht des Haushaltspolans.

Der Preussische Landtag legte gestern die Aussprache zur ersten Lesung des Haushaltsplans für 1929 fort.

Abg. Faust (Dem.), der von den Nationalsozialisten mit dem Zuruf: „Oester, Oester, freud dich!“ empfangen wird, erklärte, gegen den Haushaltsplan könnten wesentliche Widersprüche nicht erhoben werden.

Abg. Rabenloß (Wirtsh.-Part.) erklärt, der Etat sei in Wahrheit nicht balanzierter. Es werde nur mit künstlichen Mitteln ein Ausgleich hergestellt.

Ministerpräsident Brauns,

der von den Nationalsozialisten mit dem Zuruf: „Gummihüpfelbrot!“ empfangen wird, erklärte in der Konferenzfrage Befriedigung zwischen ihm und dem Unterrichtsminister nicht abgesehen. Bei der Art der Verhandlungsmethode werde man allerdings den Landtag vor Abschluß der Verhandlungen nicht unterrichten können. Komme es zu einem Abschluß, dann werde der Landtag, wie dies bei Staatsverträgen, die vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages abgeschlossen werden, üblich ist, gehört werden. Die Meinungen gingen darüber aus-

einander, was eine solche vernünftige Agrarpolitik wäre. (Abg. Steuer (Dnt.): „Mann der Bod gefolgt werden darf, das ist hier die Frage!“) Sie (nach diesem) schienen hier die Böde, ich drängen; das ist der Unterschied zwischen Ihnen und mir! (Heiterkeit.) Man dürfe nicht vergessen, daß unsere Wirtschaftspolitik fast vom Reich beeinflusst werde.

Das sehr schwierige Problem könne man nicht mit einer Politik des Schutzgolls und der Subventionen lösen. Notwendig sei vielmehr eine zweckmäßige Produktionspolitik und vor allem eine vernünftige Abgaberegulation. Der Ministerpräsident wies die Auffassung zurück, als verlange Preußen dazu beitragen, daß die übrigen Länder durch das Reich ausgeschaltet würden, so daß nur ein hartes Preußen übrig bliebe. Länder, die ihre Eigenständigkeit aus eigenen Kräften erhalten können, sollten ruhig weiter fortbestehen. Preußen wolle sich nur dagegen, daß lebensunfähige Staatsgebilde auf Kosten der übrigen Länder fähig in ihrer Staatlichkeit erhalten bleiben. Auf dem Gebiete des Einzelstaates sei man trotz intensiver Erörterungen der Verwirklichung nicht wesentlich näher gekommen. Der gegenwärtige Dualismus zwischen Preußen und Reich in Berlin sei allerdings wenig erfreulich, wenn er sich auch in die Reichsgesamtheit nicht so nachteilig auswirke, wie man oft behaupte.

Zentrumserklärung zum Konfordat.

Haushaltsdebatte im Preussischen Landtag. — Dr. Höpfer: Mißhoff über Reparationen.

Berlin, 16. Dezember. In der Sitzung des Preussischen Landtages am Sonnabend gab der Abg. H. H. (Ztr.) bei der Debatte über den Haushaltsplan eine Erklärung zur Konfordatfrage ab, in der es u. a. heißt: Die durch die Verfassung bedingte Neuordnung des Verhältniswesens von Kirche und Staat kann nur durch ein Übereinkommen zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Apostolischen Stuhle durchgeführt werden. Die preussische Staatsregierung hat auch bereits vor längerer Zeit erklärt, daß eine Anpassung der Verhältnisse für die Kirche an die Erfordernisse der Gegenwart nur im Rahmen einer Gesamtregelung der beiderseitigen Beziehungen erfolgen könne. Der Landtag hat bereits mit tätiger Mitarbeit des Zentrums im Jahre 1919 gewisse Vorfragen über die Disziplin geklärt. Die Zentrumspartei hat daher die bestmögliche Einwirkung angestrebt, daß der Preussische Landtag in geordneter Abwägung dieser Tatsachen auch weiterhin der latifolischen Kirche zu ihrem Rechte verhilft und die mit dem Apostolischen Stuhle stehenden Erörterungen baldmöglichst zum Abschluß führt.

Finanzminister Dr. Höpfer-Mißhoff betonte, seit dem Kriege sei im preussischen Haushalt eine Steigerung des Aufwands um 110,5 v. H. ohne Einrechnung der Kriegskosten nur um 64,5 v. H. eingetreten. Schalte man dann noch die zwangswirtschaftlichen Folgen hinzu, dann liege die Steigerung weit unter dem Teuerungssindex. Der Minister warte bei der Erörterung des Reparationsproblems die Frage auf, was werden soll, wenn der ausländische Kapitalmarkt durch die Kommerzialisierung der Reparationen ausgeschöpft sei. Dann würden wir auf die Bedeutung des Transierdieses stoßen und einen Verzicht auf einen Teil des nun gegen eine Karte Herabsetzung anderer Verpflichtungen der Staaten 1925, 1927 und 1928 abgeleitete eine Forderung der preussischen Finanzen gebracht habe und schloß mit der Versicherung, daß er sich stets mit dem Einlage seiner ganzen Verantwortlichkeit für eine sparsame Haushaltsführung einsetze und das auch fernam um werde.

Beufs-, Unterhaltungs- und Mode-Zeitschriften

liefert Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

geben der Pflanzemutter — in Wohnung berechtigter Interessen geachtet. Meinem Rechtsgedächtnis noch wäre darüber ein Freispruch am Platze. Unter allen Umständen darf aber Doktor Widbrunn von Ihnen erwarten, daß Sie ihm mildere Umstände anbillen und dementsprechend auf eine Geldstrafe erkennen. Ich bin seit überzeugt, daß auch die Pflanzemutter, Frau Professor Winterthur, sehr einsehen wird, daß sie und ihr vertorfener Mann dem Angeklagten Unannehmlichkeiten auferlegen, als sie ihn zu zwingen, die unerbittliche Bedingung anzunehmen: er solle für alle Zukunft darauf verzichten, sein Kind wiederzulassen. Ich hoffe und vertraue, daß die Parteien sich in dieser Beziehung für die Zukunft dezent verständigen werden, daß es Doktor Widbrunn fortan gestattet sein wird, sein Kind in gewissen Zwischenräumen sehen zu dürfen. Damit entfällt die Gefahr eines zweiten Entführungsversuchs und die Pflicht des Gerichtes, die Pflanzemutter vor dieser Gefahr zu schützen. Ich beantrage also in Anbetracht der angeführten Gründe den Freispruch meines Klienten.“

Der Vorsitzende richtete an den Angeklagten die Frage, ob er zu seiner Verteidigung noch etwas anzuführen habe? Widbrunn verneinte, und das Gericht zog sich zur Beratung zurück.

Dieser hielt unbeeindruckt auf der Anklagebank sitzen. An einen Freispruch wagte er nicht zu glauben.

Die vierzig Minuten, die die Beratung erforderte, erschien die kleine eine Einzelheit. Sie hatte längst angefangen, Dieter zu beobachten, und je länger sie sich beobachtet, desto deutlicher empfand sie ihre eigene Schuld. Wie gerne hätte sie eine Annäherung gesucht, aber er vermied es nach wie vor, sie auch nur mit dem Blick zu treffen.

Am letzten die Richter zurück. Der Vorsitzende verkündete: Der Angeklagte Doktor Dieter Widbrunn hat sich, laut eigenem Geständnis, der Entführung einer Minderjährigen schuldig gemacht. Er wird zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Unter Anrechnung einer Woche Unterlassungshaft. Bewährungsstrafe wird nicht gewährt, weil der Angeklagte seinen Wohnsitz im Ausland hat.

Die Frage, ob Doktor Widbrunn Berufung einlegen wolle, verneinte der Angeklagte, erklärte, er wolle sich bei diesem Urteil beruhigen. Der Vorsitzende verfügte: Der Angeklagte hat logischer Weise seine Strafe anzutreten und ist daher in Haft zu nehmen. . .

(Fortsetzung folgt.)

Evas Entführung

Roman von Hans Land.

(Nachdruck verboten.)

Wenn Widbrunn diesemal mit gelinder Strafe davonkommt, so wird er zweifellos binnen kurzen einen neuen Entführungsversuch unternehmen. Und die ersten Festschlag Hug geworden, ihn so gut vorbereiten, daß die Aussichten des Gelingens noch viel größer sein werden. Deshalb ist es Pflicht des Gerichtes, den Angeklagten durch eine besonders strenge Strafe gründlich abzuschrecken. Nur auf die Weise vermögen wir die schuldlose Witwe mit Aussicht auf Erfolg vor neuen Gewalttaten des Angeklagten zu bewahren. Eine Geldstrafe, wie hoch sie auch sei, würde auf den Angeklagten wohl kaum Eindruck machen. Er würde sie leicht verschmerzen. Nur Gefängnisstrafe ist am Platze. Und in Anbetracht aller Umstände, die ich schon anführte, eine hohe Gefängnisstrafe. Nur wenn Widbrunn seinen ersten Entführungsversuch mit einer langen Gefängnisstrafe büßt, wird ihm die Lust zu einer Wiederholung vergehen. Aus diesem Erwägungen heraus beantrage ich eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.“

Die kleine Winterthur hatte auch während der Rede des Staatsanwaltes Dieter ständig im Auge behalten. Er hatte während der Erörterungen seines Vorlesens, die ihn so bloßstellten, nicht mit der Wimper geblinzt. Starr sah er vor sich hin. Erst als der Staatsanwalt das furchtbare Strafmaß von neun Monaten beantragte, zuckte Widbrunn zusammen und wurde noch um einen Schatten bleicher.

Der Vorsitzende erteilte dem Verteidiger das Wort. Ein an Jahren greiser, in Weisen, Bild und Ton aber erstaunlich jugendfrischer Mann erhob sich zum Plädoyer. „Meine Herren Richter. Der Angeklagte ist, wie der Herr Staatsanwalt schon ausführte, gefährlich, so daß es sich hier wirklich nur noch um das Strafmaß handelt. Was aber dieses betrifft, so sehe ich nicht an, zu erklären, daß der Herr Staatsanwalt in seinem Vorschlag mit einem Strafmaß von neun Monaten weit über das Ziel geschossen hat. Sie sehen, meine Herren, in dem Angeklagten einen so reinen Sünder, daß er sogar auf die Bestimmung eines Verteidigers verzichten wollte. Der gute Geist unserer Strafrechtsordnung schreit aber vor, daß

Rein, meine Herren Richter, Doktor Widbrunn ist der geborene Lebelstier nicht, den der Herr Staatsanwalt in ihm sieht. Ein solcher pflegt sich mit allen Mitteln zu verteidigen, läßt keine Unverwundt, um seine Verhaftung abzuwenden oder auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Der Herr Staatsanwalt hat versucht, den Angeklagten auch dadurch bloßzustellen, daß er ihm vorhält, er habe in den wenigen Monaten seines Aufenthaltes in Dänemark durch Glücksspiel oder Spekulation sich ein neues Vermögen ergattert. Dem ist nicht so. Auch mir gegenüber war er sehr wenig mittellos. Dennoch vermochte ich ihn schließlich dazu zu bringen, mir einiges anzuertrauen. Daher kann ich Ihnen, meine Herren Richter, wahrheitsgemäß mitteilen, daß der Angeklagte dadurch wieder zu Vermögen gelangte, daß er einer ihm bekannten greisen, dänischen Ordnungsbehalterin, dem seiner ärztlichen Kenntnisse, durch eine Operation das Leben rettete. Die ersehnte Baronin statete ihrem Lebensretter ihren Dank dadurch ab, daß sie ihn zum Unterlehrer einsetzte und schon heute, also noch zu Lebzeiten, ihre großen Einkünfte mit ihm teilt. Ich lege Ihnen hier die ebenfalls fiktive, notariell beglaubigte Erklärung der alten Baronin Gudenström auf Sieballe vor, in der die Dame diesen Sachverhalt bezeugt. Bevor diese glückliche Wendung in seinem Leben eintrat, hat Doktor Widbrunn im Dienste der Baronin sich seinen beschriebenen Unterhalt durch ehrliche Arbeit erworben. Nun zur Straftat selbst. Verlegen Sie sich in die Seele dieses Vielgeprüften. Er verlor Haus und Hof — sein ganzes Vermögen — wie ausgebeutet wird, infolge unglücklicher Spekulationen. Und verfiel in seine Frau, er muß sich selbstschadete als der Heimar Richter. Wut, sehr junges Kind, das er abgibtlich hielt, fremden Deuten überlassen, die es adoptieren. Widbrunn geht ins Ausland. Wird von Sehnsucht nach seinem Töchterchen gequält. Beschwört die Pflanzemutter, ihm zu gestatten, sein Kind ein- bis zweimal im Jahre wiedersehen zu dürfen. Wird mit seiner Bitte auf Grund des geschlossenen Vertrages schroff abgewiesen. So hatte nicht an, diesen Adoptivvertrag juristisch auszuheben. Er ließ ohne Widerstand, denn er verachtete gegen jedes menschliche Empfinden. Verfügt gegen die guten Sitten. Geben die Richter dies aber zu, und sie werden es fraglos tun müssen, so hat der Angeklagte — berückichtigend Sie doch das unmensliche Vor-

Solauktion.

Nächsten Mittwoch, den 19. Dezember 1928, vormittags von 10 Uhr ab

verkaufe auf **Ranzwiz**
 ca. 200 rm kiefern Kollholz, 1 m lang
 " 20 kief. Langhausen
 " 150 Stück kief. Rüststangen
 " 25 Reiskabeln zum Selbstaufbinden
Frühsche, Forstausseher, Ranzwiz bei Kemberg



Weihnachtsbäume

in allen Größen

sowie prima

Weihnachts-Äpfel

empfiehlt

Otto Quinque, Kreuzstr. 15

Der gebirgten Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend zur gef. Kenntnis, daß ich ab heute **regelmäßig Mittwochs und Sonnabends**

das Botenfuhrgeschäft

per Auto zwischen Kemberg und Bitzenberg ausführe. Um gütige Unterstützung dieses Unternehmens bittet
S. Schmidt, Burgstraße 4a, Telefon 319

Metall-Baukasten

„Stabil“

in verschiedenen Größen zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr. 64

Als praktische Weihnachts-Geschenke

empfehle meine große Auswahl in

Herren- und Knabenanzügen

Alstern - Paletots - Knabenmänteln
 Wettermänteln - Windjacken

Küblers Strickanzügen

Obsthemden - Kragen - Krawatten



A. Schulze, Kemberg

Lesen Sie die 'Berliner Morgen-Zeitung'

mit der illustrierten Wochenbeilage „Jede Woche Kunst“

aktuellen, volkstümlichen, zeit-
 artischen, modernen Romanen
 und unterhaltenden und
 belehrenden Abteilungen

ausgeschlossenem Zustellung.

Jedermann in den Provinzstädten und auf dem Lande sollte dieses
 vorzügliche Blatt neben seinem Lokalblatt lesen.

Auf Wunsch zur Probe eine Woche gratis.

Hier abtrennen, dann ausfüllen u. d. Post oder d. Briefträger übergeben

Post-Bestellchein

Für nachbenannte Bezugszeit bestellt

Herr — Frau

Exempl.	Benennung der Zeitungen usw.	Bezugszeit	Betrag Goldmark
1	'Berliner Morgen-Zeitung'	Januar 1928	1,70

Quittung.

Obige Mark Pf. sind heute richtig bezahlt.
 1928 Post-Annahme.

Prima junges, frisches, fettes

Rindfleisch

frische Flecke

empfiehlt **Rich. Krausemann**

Zum Weihnachtsfest

empfiehlt

Mandeln
 Sultaninen
 Rosinen
 Korinthen
 Zitronat
 hochf. Mandel-Erfah
 Palmin
 Cocosfett
 Schmalz
 Schmelz-Margarine

Zitronen
 Apfelsinen
 Ringäpfel
 Aprikosen
 Mischobst
 Gemüsekonserven
 Marmelade
 Pflaumenmus
 in allerbesten Qualitäten billigt
C. G. Pfeil



Empfehle zum Weihnachtsfest

Äpfel

Weintrauben, Bananen
 Zitronen
 Apfelsinen, Mandarinen

Rot-
 Weiß-
 Blumen-
 Birjing-
 Rosen-
 Grün-

Kohl

Mohrrüben, Kohlrüben
 rote Rüben
 Sellerie, Kohlrabi, Rettiche
 Sappengrün

Otto Quinque
 Kreuzstraße 15

ff. Weinbrand

Rum-Verschnitt
 Arrac-Verschnitt
 Nordhäuser

Liköre

Als kräftigende Weine
 Sarragona
 Insel Madeira
 Malaga
 Samos

Portwein
 empfiehlt **F. G. Glaubig**

Kaiserszugsmehl

zur Stollenbäckerei
 empfiehlt in bekannter Güte
Wilhelm Feigner

Füllfederhalter

empfiehlt **Richard Arnold**

Kristallzucker
 Raffinade
 Puderzucker
 Candis

ff. Blaumohn

Rosinen Sultaninen
 Corinthen Mandeln
 in bester Qualität
 empfiehlt **Ww. W. Becker**

Pfeil-Kaffee

ist nur Qualität!



Der moderne Schul-Anzug

soll vor allen Dingen gesund-
 heillichen Anforderungen genü-
 gen. Dies ist mit ein Grund,
 warum die porös-elastische
 Bleyle-Kleidung von vielen
 Eltern bevorzugt wird. Kleiden
 auch Sie Ihre Kinder gesund,
 modern u. preiswürdig; kaufen
 Sie die altbewährte Marke

„Bleyle“

Alleinverkauf für Kemberg und Umgegend bei
Wilhelm Weydanz

Grammophon

mit Platten

gut erhalten, billig zu verkaufen.
 Zu erfragen in der Geschäftst. d. VL

Herren- und Berufs-

Kraftfahrer

werden gründl. u. individuell aus-
 gebildet. Fein Film, alle Teile in
 Originalen zu Modellen hergerichtet,
 groß Lebungsgebiete

6) Auto-Heinze, Wittenberg

Bohnerwachs

Saalwachs

Fußbodendöl

empfiehlt **Ww. W. Becker**

Christbaumzschmuck

Feenhaar : Engelshaar : Lametta

Eiswatte : Gold u. Silberzschmuck

Licht- und Nußhalter

Christbaumkerzen

Wunderkerzen

Baumbehang

in Glas, Zucker und Schokolade

Christbaumkerzen

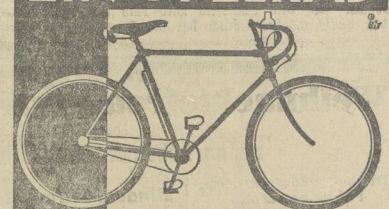
empfiehlt

Richard Arnold :: Kemberg

Leipzigerstraße 64/65



EIN OPEL RAD



OPEL SIND DIE GRÖSSTEN
 FAHRRAD-WERKE DER WELT

Vertreter:

Friedrich Pötzsch, Kemberg
 Fahrrad- und Kraftfahrzeug-Handlung

Für die uns zur Silberhochzeit erwiesenen Aufmerk-
 samkeiten danken wir herzlichst

Wilhelm Beyer und Frau

Kemberger Zeitung

vormalig General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Abonnement-Preise: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwoch-Unterhaltungsblatt“ — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,45 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,55 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — In alle häßlicher Gewalt, Betriebsführung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmestück 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für frühere Werbungen undurchschnittlich höherer oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie angenommen. / Verlagsgeld: 10.— M. Das Zauben, ausgleich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 149

Dienstag, den 18. Dezember 1928

30. Jahrg.

Anträge auf

Leseholzzettel

für den Stadtschulrat Oppin für das Jahr 1929 sind bis zum 30. Dezember in der Stadtbücherei zu holen.

Kemberg, den 14. Dezember 1928.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Die 53. Ratstagung in Lugano endete mit einem heftigen Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Jaleffi, der ungläubliche Behauptungen über den Deutschen Volksbund in Oberösterreich aufstellte.

Die Verhandlungen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Englands wurden am Sonntag mit einer letzten Dreier-Konferenz abgeschlossen.

Die Verhandlung über die Klage mehrerer süddeutscher Länder wegen der Reichsbahn wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, weil die Reichsregierung die Erneuerung schon am Tage vorher mitgeteilt hatte. Der Staatsgerichtshof wird jetzt den Einsichtenen des Reichspräsidenten verlangen.

Der Reichstag hielt eine Anschließung ab, die bis in die Morgenstunden des Sonntags währte.

Aufarbeiten im Reichstag.

Sonderfürsorge bei berufswirtschaftlicher Arbeit.

Berlin, 15. Dezember.

Im Reichstag wurde am Freitag nach Erledigung einiger Vorträge und Abkommen der Gesetzentwurf über die Finanzabgabe der Erbschaft und Veranlagung der periodischen Grundbesitzsteuer in dritter Lesung angenommen.

Das Haus legte dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über eine Sonderfürsorge bei berufswirtschaftlicher Arbeit vor. Unter Abweisung anderer Vorschläge wurde die ursprüngliche Regierungsvorlage in zweiter Beratung angenommen. Sie besagt, daß den Saisonarbeitern die Arbeitslosenunterstützung als Sonderunterstützung gewährt wird. Die dritte Beratung wurde zunächst ausgesetzt, da ein vorher abgeleiteter Kompromißantrag noch einmal eingebracht werden soll.

Das Haus ging zur zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Zulassung des Zuckers über, der in der Ausschussberatung einige Veränderungen erfahren hatte. Reichsfinanzminister Dietrich wies darauf hin, daß die Reichsregierung werde deshalb die Auswirkungen dieses Gesetzes aufmerksam verfolgen und, wenn nötig, dem Reichstage Veränderungsvorschläge machen.

Die Vorlage wurde in der Ausschussberatung gegen die Kommunisten in zweiter und dritter Beratung angenommen.

In der nun erfolgten dritten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Sonderfürsorge bei berufswirtschaftlicher Arbeit wurde der erneut eingebrachte Kompromißantrag der Demokraten und der Deutschen Volkspartei mit 229 gegen 189 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.



Drum mitteilen wird. Eine freie Vereinbarung kommt nach Lage der Dinge nicht mehr in Frage.

Konflikt in Lugano.

Rededuell: Stresemann—Jaleffi.

Lugano, 16. Dezember.

In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundesrates am Sonnabend ist es zum Schluß zu einem ungewöhnlich ersten und folgenschweren Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Jaleffi gekommen, der provozierend und nach Form und Inhalt ungläublich beleidigende Erklärungen über den Deutschen Volksbund in Oberösterreich abgab und den Deutschen Volksbund des Hochverrats und der Gefährdung des polnischen Staates beschuldigte.

Dr. Stresemann

Der bereits während der Rede Jaleffis mehrmals erregt mit der Faust auf den Tisch schlagend, antwortete in erregtem, leidenschaftlichem Ton, trotzlich die Stimme auf höchste steigend: Mit größtem Entsetzen bin ich der Rede des polnischen Außenministers gefolgt und bedauere seine Worte, aus denen der Geist des Haßes gesprochen habe. Es handelte sich hier

um die heiligsten Güter der Menschheit,

um Schule, Sprache und Religion, deren Schutz der Völkerbund feierlich garantiert habe und für die er die Verantwortung vor der ganzen Welt trage. Es ist unerträglich von Ihnen! Wie kommen Sie dazu, zu sagen, daß wir hier unnütze Zeit verlieren, wenn es sich hier um die Grundfragen handelt? Sie lernen die Minderheiten-Kommission, Sie wissen, daß darin den deutschen Minderheiten das Recht der Organisation und der Selbstverwaltung an den Völkerbund übertragen und bestätigt ist.

Warum das Unrecht nur auf der einen Seite suchen? Was für politische Gründe haben Sie bewegen, in diesem Augenblick am Abschluß der Tagung beratige Erklärungen abzugeben?

Wenn Sie von der wirtschaftlichen Entwicklung Oberösterreichs sprechen, soll ich Ihnen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands antworten, die auch in der letzten Zeit eine aufsteigende Entwicklung genommen hat? Soll ich Ihnen antworten, daß heute noch an den leitenden Stellen in Oberösterreich deutsche Männer und deutsche Intelligenz stehen?

Wohin wollen Sie gelangen, wenn die deutschen

Kräfte nicht vorhanden wären?

Was hat Sie veranlaßt, alle Wunden wieder aufzureißen? Wollen Sie mir erklären, wie herrlich weit Sie es mit der Entwicklung Oberösterreichs unter polnischer Herrschaft gebracht haben? Seit wann ist es verboten, Organisationen zu schaffen und Fragen vor den Völkerbundrat zu bringen? Sie wagen es, den Minderheiten nicht zu gestatten, von dem Völkerbund anerkannten Rechten Gebrauch zu machen und sich an den Völkerbundrat zu wenden? Sie haben vom Hochverrat gesprochen; Liebe zur alten Heimat und Hochverrat sind oft miteinander eng verbunden. Ich kenne einzelne Persönlichkeiten im Völkerbundrat, die den Kampf um ihre Heimat mit dem Gefühl ihres Herzens in Uebereinstimmung bringen. Wollen Sie dieses Recht dem deutschen Volke nehmen? Das soll also eine Gefahr für den Staat sein, wenn die Deutschen zu werden, die im Völkerbund anerkannten Rechten Gebrauch machen und um die Erziehung ihrer Kinder kämpfen?

Ich kann in keiner Weise zugeben, daß dieser Standpunkt der Auffassung der Minderheitenrechte im Völkerbund Platz greift. Wenn der Völkerbundrat sich auf diesen Standpunkt über den Schutz der Religion und der Sprache stellt, so ist die Säule erschüttert, auf der der Völkerbund steht. Ein großer Teil der Menschheit glaubt heute nur noch an den Völkerbund, weil er in ihm den Hüter und Wächter der Rechte der Minderheiten sieht. Wenn tatsächlich die Auffassung im Völkerbund nicht mehr herrschen sollte, so werden sich große Staaten überlegen müssen, ob noch weiterhin ihre Mitwirkung überhaupt möglich erscheint.

Mit großer Erregung erklärte Stresemann zum Schluß: Die von Außenminister Jaleffi aufgeworfene Frage scheint mir von lothringender entscheidender Bedeutung zu sein, daß ich hiermit offiziell vor dem Völkerbundrat die Festsetzung stelle, daß auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates die grundsätzliche Frage der Minderheitenrechte und die Behandlung der Minderheiten durch den Völkerbundrat als offizieller Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Diese Frage darf nicht mehr wie bisher als ein Anhängel behandelt werden.

Die Ausführungen Dr. Stresemanns, die fortgesetzt in höchster leidenschaftlicher Erregung und ausschließlich in politischen Außenminister ins Gesicht gesprochen wurden, wurden von der ganzen Versammlung mit ungeduldigster Spannung unter großem Schweigen angehört.

Unmittelbar nach der Erklärung Stresemanns ergriff der Ratspräsident Briand das Wort. Briand betonte, der

Wodamentausaustausch, dem der Rat beigewohnt habe, habe ihm erlaubt, nichts herabsetzende anzunehmen, daß der Völkerbundrat die gesellschaftliche Rechte der Minderheiten veranlassen solle. In seinem Augenblick habe der Völkerbundrat aufgehört, sich mit den Rechten der Minderheiten zu befassen. Es ist möglich, daß eine Revision des Minderheitenverfahrens vorgenommen werde, im Sinne einer Beschleunigung des bisherigen Verfahrens. Briand erklärte damit die gegenwärtige Tagung für geschlossen.

Beschwerde des Deutschen Volksbundes.

Eine Klageentscheidung zu Gunsten der Deutschen.

Die schon beschriebene Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Oberösterreich, die die Gesellschaft der Minderheiten Stresemann—Jaleffi waren, wurden vom Vorsitzenden, Völkischer Vorkämmer, im Rat vorgelesen. Adhäsive Vorschläge wurden fast ohne Ausprache vom Rat angenommen. Der wichtigste Teil war die Beschwerde des Volksbundes über die Anordnung des Völkerbundes bezüglich der Erstbeschreibung der Schüler für die Minderheitenkurse. Die Beschwerde richtete sich gegen sechs Maßnahmen.

Auf Vortrag des Vorkämmerers wurden vom Rat eine Entschuldigungsentscheidung angenommen, was heißt, daß die für die Abgabe der kurzen Erklärung vorgefertigten Formulare zu abgeändert werden, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß auch Kinder, die deutsch und polnisch sprechen, in die Minderheitenschulen aufgenommen werden müssen, und daß lediglich Kinder, die nur polnisch sprechen, ausgeschlossen werden dürfen.

Deutschland führt die Minderheitenbewegung

Endpunkt des Konflikts in Lugano.

Lugano, 16. Dezember.

Obwohl die Tagung des Völkerbundesrates von Briand offiziell geschlossen war, wurde für Sonnabend nachmittags eine Geheimung des Rates einberufen. Offiziell stand auf der Tagesordnung, daß die Antworten Bolivians und Paraguays zur Verhandlung gelangen würden, doch wurde hauptsächlich der schwere Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Jaleffi in dieser Sitzung besprochen.

Die schweren Beschuldigungen Jaleffis und der ganze ungewöhnliche Inhalt seiner Erklärungen finden zunächst keine andere Begründung, als daß Jaleffi scheinbar aus unpolitischen Erwägungen gegen den Deutschen Volksbund vor dem Rat vorgelesen wollte. Die Erklärungen Jaleffis sind für sämtliche Ratsmitglieder völlig unerwartet gekommen. Einer weiteren öffentlichen Ausdeutung des Konflikts hat Briand durch die Schließung der Tagung vorgebeugt.

Die entscheidende außerordentlich weittragende Bedeutung der Erklärung Stresemanns wird darin gesehen, daß von nun an der deutsche Vertreter im Völkerbundrat sich an die Spitze der europäischen Minderheitenbewegung gestellt hat. Mit den Erklärungen Stresemanns wird nunmehr Deutschland auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates offiziell das gesamte Minderheitenproblem im Rahmen des Völkerbundes aufrollen und eine grundsätzliche Revision der bisherigen Behandlung der europäischen Minderheiten durch den Völkerbund fordern. Es besteht allemal kein Zweifel, daß aus dem Zusammenstoß zwischen Stresemann und Jaleffi Rückwirkungen unvermeidlich sind.

Ducarno treu.

Lugano, 16. Dezember.

Das als Ergebnis der Besprechungen der Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs angekündigte Communiqué wurde am Sonnabend um fünf Uhr von den drei beteiligten Delegationen veröffentlicht. Das Communiqué hat folgenden Wortlaut:

Von den Außenministern Frankreichs, Englands und Deutschlands wurde heute folgendes gemeinsame Communiqué ausgegeben: Die Ratstagung hat es uns ermöglicht, die seit langem unterbrochene persönliche Verbindung zwischen uns wieder aufzunehmen und in einem vertrauensvollen Austausch einzutreten, der von sehr großem Nutzen gewesen ist. Diese Besprechungen haben uns dazu geführt, härter denn je davon überzeugt zu sein, daß eine Politik der Versöhnung und Annäherung unserer Völker am geeignetsten ist, den Frieden zu sichern. Dieser Politik stehen wir treu. In diesem Geiste werden wir die Verhandlungen fortsetzen, die auf Grund der Vereinbarungen eingeleitet worden sind, die zwischen den sechs interessierten Mächten am 16. Dezember d. Z. in Genf zustande gekommen sind. Wir sind entschlossen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um so schnell wie möglich zu einer vollständigen und endgültigen Lösung der aus dem Krieg hervorgehenden Schwierigkeiten zu gelangen und auf diese Weise auf Grund gegenseitigen Vertrauens die geistliche Entwidlung der Beziehungen unserer Völker zu sichern.

Die Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin.

Die Nachrichten verschiedener in- und ausländischer Blätter, daß der Gesundheitszustand Dr. Stresemanns sehr zu wünschen übrig lasse, ist das Gerücht, daß er mit der Absicht trage, ein Sanatorium aufzusuchen, werden von der ausländischen Seite entschieden demontiert. Der Reichsaussenminister wird voraussichtlich Mitte der Woche wieder nach Berlin zurückkehren.